Ressort: News

EZB-Direktor macht Reformkontrolle durch IWF zur Bedingung für Anleihenkäufe

Frankfurt/Main, 11.10.2012, 22:11 Uhr

GDN - Die Europäische Zentralbank knüpft ihr Kaufprogramm für spanische oder italienische Staatsanleihen (OMT) an immer härtere Bedingungen. So hält es EZB-Direktoriumsmitglied Benoît Coeuré für zwingend nötig, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) die Reformprogramme der Länder überwacht.

"Für mich persönlich steht fest: Ohne eine gewisse Beteiligung des IWF sollten wir keine Staatsanleihen kaufen. Dann wird es kein OMT-Programm geben", sagte Coeuré der Tageszeitung "Die Welt" (Freitagsausgabe). Der IWF müsse nicht unbedingt als Kreditgeber auftreten, wie er es in Griechenland, Irland und Portugal getan hat. "Aber er sollte weiterhin gemeinsam mit der EU-Kommission und in Verbindung mit der EZB die Reformprogramme überwachen", sagte Coeuré. EZB-Präsident Mario Draghi hatte sich eine Beteiligung des IWF gewünscht, dies bislang aber nicht zur ausdrücklichen Bedingung für Anleihenkäufe gemacht. Im Falle einer Überwachung durch den Währungsfonds gäbe es "eine zusätzliche Kontrollinstanz, die weitgehend unabhängig von der europäischen Politik ist", sagte Coeuré. Die klaren Bedingungen für die EZB-Hilfen sieht er als "eine Absicherung dagegen, dass wir in Zugzwang geraten, Staaten dauerhaft zu alimentieren". Spekulationen, dass die Zentralbank bei einem wachsenden Druck der Märkte in jedem Fall Anleihen kaufen werde, trat der Franzose entschieden entgegen: "Wir werden nicht einknicken, sondern nur eingreifen, wenn unsere Bedingungen erfüllt sind. Das werden wir Ihnen beweisen." Im Falle Griechenlands schließt die EZB weitere finanzielle Hilfen von ihrer Seite kategorisch aus. "Wenn die EU-Länder sich darauf einigen, Griechenland mehr Zeit zu geben, müssen sie selbst zusehen, wie sie das dafür nötige Geld auftreiben", sagte Coeuré. Die EZB werde lediglich ihre Aufgabe erfüllen, die griechischen Banken mit Liquidität zu versorgen, sofern sie solvent seien und ausreichend Sicherheiten bieten könnten. "Aber es muss klar sein, dass die Zentralbank keine Staatsfinanzierung mit der Notenpresse betreibt, weder direkt noch indirekt", betonte Coeuré. "Das heißt: Wenn weitere Notkredite an Banken eindeutig dem Ziel dienen sollen, Staatspapiere zu kaufen, sollten wir das im EZB-Rat nicht genehmigen." Eine gewisse Kompromissbereitschaft signalisiert die Zentralbank dagegen in der Debatte um den Zeitplan für eine europäische Bankenaufsicht. Den vorgesehenen Starttermin Anfang 2013, für den sich auch die EZB-Spitze ausgesprochen hat, halten die Bundesregierung und mehrere andere EU-Länder für nicht mehr realistisch. "Wir sollten das pragmatisch angehen", sagte Coeuré nun im Interview. "Höchste Priorität ist es, dass die Aufsicht funktioniert. Und wenn dafür mehr Zeit nötig ist, dann sollten wir diese Zeit auch nehmen." Der Franzose spricht sich für ein Vorgehen in mehreren Schritten aus. "Für unsere formellen Vorbereitungen wäre es sehr wichtig, dass die neue Aufsichtsstruktur juristisch wie geplant zum 1. Januar 2013 in Kraft tritt", sagte er im Interview. "Die praktische Aufsichtsarbeit kann dann später schrittweise von den nationalen Behörden auf die europäische Ebene übertragen werden.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-335/ezb-direktor-macht-reformkontrolle-durch-iwf-zur-bedingung-fuer-anleihenkaeufe.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619